

findung der Militärbürokratie. In Briefen an Hinterbliebene sei diese Formel ganz gezielt verwendet und selbst solchen Rotarmisten als „letzte Worte“ untergeschoben worden, die keinerlei Sympathien für den Georgier hegten.

Ein Denkmal, das Millionen Veteranen und Patrioten ihr eigenes Leben vergoldete, stürzt. Das geht nicht ohne Widerspruch ab. Die „Prawda“ veröffentlichte am 18. Mai einen Leserbrief, der an den Fortschritt des Sowjetlandes unter dem jetzt geschmähten Stalin erinnerte. Ein sowjetisches Agrarblatt nannte Stalins Zwangskollektivierung eine „objektive Notwendigkeit und entscheidende Phase beim Aufbau des Sozialismus“. „Nowoje wremja“ stimmte zu, räumte aber „tragische Fehler und Übergriffe“ ein (bei Millionen Hungertoten).

Doch der Nationalökonom Nikolai Schmeljow benannte in seiner radikalen Kritik des sowjetischen Wirtschaftssystems den Zwang der frühen Stalin-Jahre 1927/28 als Beginn der „Demontage“ von Lenins Wirtschaftsprogramm, das sich an Markt und Rentabilität orientiert habe.

In einer geschlossenen Experten-Sitzung sagte Schmeljow vor drei Wochen noch mehr: Ohne das „unmoralische“ Plansystem, ohne Kulakvernichtung und Arbeitslager wäre es gar nicht zum Zweiten Weltkrieg gekommen, jedenfalls nicht auf Sowjetterritorium. Die Kriegsoffer seien auch Stalin-Opfer.

Schmeljow zählte 17 Millionen Lagerinsassen, die damals der Volkswirtschaft entzogen worden seien: Denn was produzierten sie? „Zwei Kanäle, bei einem (dem Weißmeer-Kanal) ist der Zweck sehr zweifelhaft; Holzfällen, viel billiger mit Lohnarbeitern zu bewirken, und Gold am Kolyma-Fluß“, wo drei Millionen damals weniger förderten als heute „mit derselben Technologie“ ein Zehntel soviel Leute.

Unmittelbar vor Beginn des vorigen Woche zusammengerufenen ZK-Plenums ging der Philosophie-Professor Anatolij Butenko mit der ganzen tradierten Herrschaft des bürokratischen Apparats ins Gericht (siehe Kasten Seite 100).

Butenkos Analyse der gesellschaftlichen Langzeitfolgen des Stalinismus ist die bislang heilsichtigste Publikation zu diesem Thema in der Ära Gorbatschow. Die Schärfe ihrer Bürokratie-Kritik erinnert an die frühen Warnungen eines Nikolai Bucharin (1938 hingerichtet) oder Trotzki (1940 im mexikanischen Exil ermordet), die beide die Entartung des Sozialismus durch die Allmacht des Stalin-Apparats prophezeit hatten.

Moskauer Intellektuelle mutmaßen, jedem ZK-Mitglied hätten mit Butenkos Aufsatz die historischen Wurzeln der gegenwärtigen Wirtschaftsmisere klargemacht werden sollen – der enge Zusammenhang zwischen ökonomischer Depression und politischer Repression.

So heftig setzte die Aufarbeitung der Ära Stalin ein, daß Ideologieverwalter

Jegor Ligatschow, die Nummer 2 im Politbüro, die Medien davor warnte, sich allzu intensiv auf dunkle Perioden der Geschichte zu kaprizieren. Ligatschows Wunsch, die Geschichte zu verdrängen und statt dessen in harmonischer Volksgemeinschaft an der Perestrojka zu bauen, ist ein trügerischer Rat. Denn nach außen sind alle für Perestrojka, Stalin-Freunde und Anti-Stalinisten.

„Den Anhängern des Administrierens im alten Trott geht das neue Vokabular besonders glatt von der Zunge“, sorgte sich ein Moskauer Hochschullehrer, „passen wir nicht auf, werden sie bei der ersten Gelegenheit dafür sorgen, daß es wieder nur Worte bleiben“.

Noch ist auch unklar, wo die Grenzen für die begonnene Vergangenheitsbewältigung liegen sollen. Denn die Henker

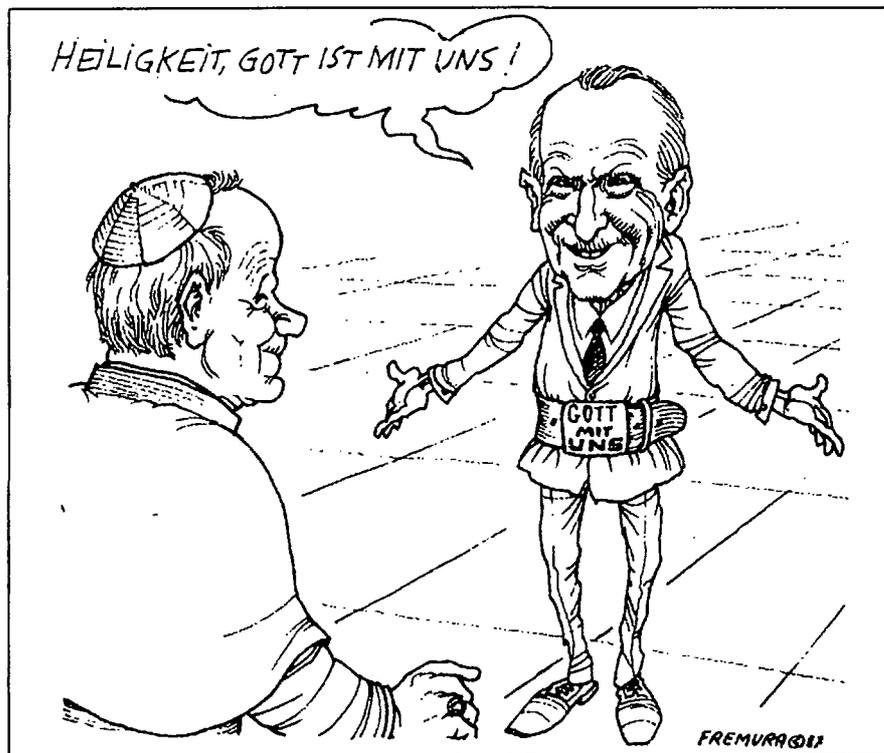
## ÖSTERREICH

### Gebührende Achtung

**Waldheims Versuch, mit Hilfe des Papst-Besuches aus der internationalen Quarantäne auszubrechen, ist mißlungen. Nun soll Weizsäcker helfen.**

Freundlich wandte sich der Pontifex maximus an seinen Gast, den österreichischen Bundespräsidenten, und verteilte hohes Lob an dessen Heimat. Die Alpenrepublik, schwärmte der Heilige Vater, sei eine „Insel der Seligen“.

So harmonisch ging es 1971 zu, damals schmeichelte Papst Paul VI. dem Bundespräsidenten Franz Jonas.



Il Giornale

sind noch unter den Russen, und nicht alle Opfer sind rehabilitiert.

Auf einer öffentlichen Diskussion im März im Moskauer Archiv-Institut zum Thema Stalin fragte ein erregtes Publikum nach den Garantien, daß sich die Geschichte nicht wiederhole, und nach der Zahl der Stalin-Opfer (Zwischenruf: „20 Millionen“). Ein sehr junger Archiv-Angestellter gab preis, die Unterlagen seien alle noch vorhanden.

Diskussionsleiter Natan Eidelman, 57, erinnerte auch an „jene, die in Freiheit leben konnten, aber deren Seelen man ermordet hatte“, und an die „persönliche Verantwortung eines jeden von uns“. Historiker Eidelman über die Vergangenheit: „Wenn wir sagen, Stalin war ein Ungeheuer, nehmen wir viel zuviel von unseren eigenen Schultern.“

Als Kurt Waldheim vergangenen Donnerstag in Rom Johannes Paul II. seine Aufwartung machte, war nichts wie früher. „Der Besuch“, bilanzierte Österreichs Ex-Außenminister Erwin Lanc hinterher, „verlief so, wie es zu befürchten stand: Für Waldheim war es peinlich, für Österreich sehr schlimm.“

Dabei schien alles so schlaue eingefädelt: Wissend, daß der Heilige Vater keinem Staatsoberhaupt die Audienz verweigert, hatte sich Waldheim selber beim Vatikan eingeladen, um so die Quarantäne zu beenden, unter der er seit seiner Wahl vor einem Jahr leidet. Statt dessen machte der Besuch vor aller Welt erst recht deutlich, wie sehr der Österreicher geächtet ist.

Es begann schon bei der Anfahrt: Statt der direkten Route zum Petersplatz

mußte Waldheim einen Umweg wählen. Denn an der Via della Conciliazione demonstrierten Dutzende italienische und amerikanische Juden, teilweise in KZ-Häftlingskleidung, gegen den ungebetenen Gast. „Waldheim bot den Galgen an, und der Papst das Kreuz“, hieß es auf Transparenten.

Auch beim Empfang im Vatikan geriet der Auftritt des einsamen Österreicher nicht ganz protokollgerecht: Die Botschafter aus den USA, den Niederlanden, Kanada, Großbritannien, Italien, Belgien und der Bundesrepublik ließen sich von niederrangigen Mitarbeitern vertreten – aus erklärter Boykottabsicht oder wegen angeblicher Termenschwierigkeiten.

Ein Vertreter des US-Botschafters beim Vatikan, Frank Shakespeare, zum Fernbleiben seines Chefs: Es sei darum gegangen, „eine Botschaft zu übermitteln, ohne den Vatikan zu beleidigen“.

Der Affront wurde überall verstanden, nur der Betroffene tat so, als sei nichts gewesen. Weltfremd – oder ist es schiere Selbstgerechtigkeit? – behauptete Waldheim gegenüber österreichischen Journalisten: „Ich glaube, daß gerade dieser Besuch gezeigt hat, daß jeder Grund besteht, zuversichtlich zu sein.“

Das Gegenteil ist richtig: Die italienische Regierung ließ keinen Zweifel daran, daß Waldheim nicht willkommen war. Hohe Politiker gingen ihm demonstrativ aus dem Weg. „Die Italiener gaben ihm“, meinte ein österreichischer Diplomat sarkastisch, „lediglich freies Geleit vom Flughafen in den Vatikan und zurück.“

Doch auch in der Umgebung Johannes Paul II. hielt man Distanz zum Besucher aus Wien. Der Vatikan habe schon viele umstrittene Persönlichkeiten empfangen, versicherte der „Osservatore Romano“-Mitarbeiter Karlheinz Schuh, zum Beispiel „Israels Schamir oder Arafat und auch Idi Amin“.

Als wäre das noch nicht deutlich genug, präzisierten Vatikan-Beamte zusätzlich, Kurt Waldheim sei „nicht etwa als Person“ empfangen worden, sondern als „Bundespräsident von Österreich“ – eine deutliche Anspielung auf die „watch list“ des US-Justizministeriums, auf der Waldheim seit acht Wochen neben Kriegsverbrechern, Zuhältern und Wirtschaftskriminellen steht und deshalb als Privatmann die Vereinigten Staaten nicht mehr betreten darf.

Die Kirchenführer bedrückte besonders, daß Waldheim das ohnehin schwie-



Anti-Waldheim-Protest in Rom  
„Das hält Österreich nicht aus“

rige Verhältnis zwischen Katholiken und Juden erneut belastete – schon deshalb hätte der Vatikan den Österreicher kaum von sich aus in die päpstlichen Gemäcker gebeten.

Nach der Blamage beim Papst hat sich auch in Österreich die Diskussion um den nicht vorzeigbaren Präsidenten wieder verschärft. Ex-Außenminister Lanc: „Wenn Waldheim weiterbleibt, ist Österreichs Ruf politisch und wirtschaftlich gefährlich angeknackst.“ Und Alt-Kanzler Bruno Kreisky fürchtet: „Das hält Österreich in Wirklichkeit nicht aus.“

Die Kontroverse geht mitten durch die Sozialistische Partei (SPÖ). An der Basis wächst der Unmut über Kanzler Franz Vranitzky, den „Nadelstreifen-genossen“, der dem „schwarzen Waldheim“ unverständlicher Weise die Treue halte. SPÖ-Zentralsekretär Heinrich Keller muß den irritierten Genossen immer wieder von neuem erklären, weshalb ihr „Vrantzi“ den Bundespräsidenten verteidigt: „Nicht weil er ein Waldheim-Fan ist, sondern weil er von Amts wegen zu verhindern hat, daß das Ausland die Österreicher auseinanderdividieren kann“.

Außenpolitisch sieht sich Österreich „in der schwierigsten Phase seit 1945“, so ÖVP-Vizekanzler und Außenminister Alois Mock. Der hat sich die Schwierigkeiten allerdings selbst eingebracht: Im Präsidentschaftswahlkampf gehörte er zu Waldheims eifrigsten Verteidigern. Nun schwächt dessen Ächtung auch noch Mocks Position als Parteivorsitzender.

Kurt Waldheim kann zur Zeit allenfalls mit Einladungen aus arabischen und kommunistischen Ländern rechnen – diese Woche fliegt er zu König Hussein nach Jordanien. Eine heikle Tour: In Amman läuft er Gefahr, für eventuelle anti-israelische Äußerungen seiner Gastgeber mit haftbar gemacht zu werden.

Ansonsten fungiert Waldheim vorerst als reiner Inlandspräsident. Kein Staat Westeuropas hieß ihn willkommen. „Er kann seiner verfassungsrechtlichen Pflicht, Österreich im Ausland zu vertreten, noch immer nicht nachkommen“, bemerkt Kreisky zutreffend.

Potentielle Wien-Besucher verloren beim Gedanken an einen Händedruck mit Waldheim die Lust auf Opernarien und Heurigenmusik. Derzeit ist ein einziger Regierungschef angesagt, der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Iwanowitsch Ryschkow.

Die englische Premierministerin Margaret Thatcher weigert sich seit dem vorigen Jahr, einer Einladung nach Wien zu folgen. Schwedens Regierungschef ließ wissen, er würde Kanzler Vranitzky lieber in Stockholm empfangen, als selbst an die Donau zu fliegen und den üblichen Höflichkeitsplausch in der Hofburg zu absolvieren. Der Wiener Kanzler zeigte Verständnis: Er besuchte vergangene Woche das skandinavische Königreich.

Auch der jugoslawische Außenminister Raif Dizdarević will partout nicht nach Wien: Alois Mock muß ihm ins Waldheim-freie Graz entgegenreisen.

Damit sich die Meidung des Bundespräsidenten nicht zur andauernden Isolation ganz Österreichs auswächst, will das Wiener Außenamt nun eine Großoffensive starten. Schon in den nächsten Wochen sollen Sonderbotschafter in die befreundeten europäischen Staaten (Vranitzky: „also in alle“) reisen und dort wortreich darlegen, was ohnehin längst bekannt ist: daß Waldheim nicht wegen erwiesener Kriegsverbrechen auf der amerikanischen Watch List steht, sondern lediglich wegen seiner Zugehörigkeit zu einer Wehrmachtseinheit, der Kriegsverbrechen vorgeworfen werden.

Die Haupthoffnung, von einem ehrbaren Gastgeber doch noch irgendwo einen roten Teppich für das notleidende Staatsoberhaupt ausgelegt zu bekommen, konzentriert sich auf die Bundesrepublik.

Bei seiner geplanten Bonn-Visite im Herbst gedenkt Vranitzky, das leidige Thema mit Nachdruck anzusprechen. Eine indirekte Ermunterung dafür hat er schon bekommen: Bei einem Treffen mit Auslandsjournalisten erklärte Richard von Weizsäcker: „Wir werden dem demokratisch gewählten Staatsoberhaupt von Österreich, Kurt Waldheim, die gebührende Achtung zollen.“